

Samtgemeinde Fintel
Berliner Str. 3
27389 Lauenbrück
Telefon: 04267-9300-0
kontakt@sgfintel.de



Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO zur Datenverarbeitung im Personenstandswesen / Standesamt Stand April 2026

Wir möchten Ihnen auf diesem Weg die wesentlichen Informationen zum Datenschutz zu der Verarbeitungstätigkeit „Personenstandswesen/Standesamt“ mitteilen. Bei Fragen zum Thema Datenschutz bestehen mehrere Kontaktmöglichkeiten.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Samtgemeindebürgermeister Sven Maier
Berliner Str. 3,
27389 Lauenbrück,
Telefon: 04267-9300-0

Datenschutzbeauftragter

Zweckverband KDO
Elsässer Str. 66, 26121 Oldenburg,
Telefon 0441/9714-158
datenschutz@kdo.de

Datenschutzaufsichtsbehörde

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Prinzenstr. 5, 30159 Hannover
Telefon: 0511/ 120-4500
poststelle@lfd.niedersachsen.de

Zweck der Verarbeitung

Das Standesamt erfasst Ihre Personenstandsdaten (u.a. Name, Geburtsdatum, Abstammung) in Registern und Akten. Auf dieser Grundlage werden Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt, sowie Auskünfte erteilt. Darüber hinaus werden Ihre Daten verarbeitet, soweit das für den Austritt aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Sie können gegenüber der Samtgemeinde Fintel folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten,
- Recht auf Berichtigung oder Löschung,
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung,
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung,
- Recht auf Datenübertragbarkeit,
- Recht auf Widerspruch der Einwilligung,

sofern die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a der DSGVO beruht.

Recht auf Auskunft

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, haben Sie das Recht, Auskunft über die zur Person gespeicherten Daten zu erhalten, z.B. Verarbeitungszwecke, Herkunft der Daten, Empfänger der Daten etc. (Art. 15 DSGVO).

Recht auf Berichtigung

Sollten unrichtige oder unvollständige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich aus dem Personenstandsgesetz, der Personenstandsverordnung, ggf. entsprechenden internationalen Regelungen sowie aus §§ 2, 5 Abs. 3 Kirchengesetz, der Datenschutz-Grundverordnung und dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz.

Art der erhobenen Daten

Sämtliche Namen, Geburtsdaten, Eltern, Abkömmlinge, Anschriften, Registrierungsdaten, Änderungsdaten, Religionszugehörigkeiten, Erreichbarkeiten wie Telefonnummern und E-Mail-Adressen, Daten zum Familienstand und insbesondere wann welcher Familienstand eingetreten ist, eigene Erklärungen wie Vaterschaftsanerkennungen.

Datenübermittlung

Herausgegeben werden dürfen die Daten der Standesämter an andere inländische und ausländische Standesämter, andere Personen, sonstige Behörden, Gerichte, ggf. Religionsgemeinschaften und konsularischen Vertretungen anderer Länder nur, wenn dies gesetzlich erlaubt ist.

Dauer der Datenspeicherung

Die in Personenstandsregistern erfassten Daten sind dauerhaft aufzubewahren. Sie sind zusammen mit den in den zugehörigen Akten je nach Art des personenstandsrechtlichen Vorgangs nach 30, 80 oder 110 Jahren dem Archiv zur Übernahme anzubieten. Kirchengesetze werden 30 Jahre aufbewahrt und können anschließend vom Archiv übernommen werden.

Ihre Daten haben wir erhoben bei

Ihnen selbst sowie bei anderen Behörden, insbesondere anderen Standesämtern, Amtsgerichten und durch eigene Ermittlungen.

Recht auf Löschung

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Dies gilt insbesondere, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie erhoben wurden nicht mehr benötigt werden.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Widerruf der Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Samtgemeinde Fintel durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Recht auf Widerspruch

Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht gegen eine an sich rechtmäßige Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Sobald Sie Widerspruch eingelegt haben, dürfen wir Ihre Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, es liegen zwingende schutzwürdige Gründe vor. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die die Verarbeitung vorsehen oder voraussetzen. Die bis zum Widerspruch verarbeiteten Daten werden hierdurch nicht rechtswidrig.

Ihr Widerspruch ist an die Samtgemeinde Fintel zu richten. (Art. 21 DSGVO)

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Weiterhin steht Ihnen ein Beschwerderecht bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prinzenstr. 5, 30159 Hannover zu.